



Stadt Kamen

Niederschrift

JHA

über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Montag, dem 24.06.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:28 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Petra Hartig
Frau Christiane Klanke
Herr Ulrich Marc

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. m der Satzung für das Jugendamt

Herr Helmut Stalz

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Frau Alexandra Bartosch

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Walter Christoph
Herr Niclas Eckmann
Herr Norbert Henter
Herr Christoph Hoch
Herr Martin Kusber
Herr Klaus-Dieter Suk

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. a-I der Satzung für das Jugendamt

Herr Mehmet Akca
Frau Anja Bolz
Frau Sandra Heinrichsen

Frau Elke Kappen
Herr Henning Reher

Verwaltung

Frau Nicole Börner
Frau Lisa Drescher
Herr Johannes Gibbels
Frau Karin König

Entschuldigt fehlten

Herr Hans-Jörg Brand
Frau Christina Fiegler
Frau Tina Geißen
Frau Susanne Hartmann
Frau Regina Henter
Frau Sigrid Köhler
Herr Benedikt Kötter
Frau Antje Schnepfer
Herr Martin Volkmer

Frau **Klanke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die Beschäftigten der Verwaltung sowie die Gäste und Pressevertreter.

Vor Einstieg in die Tagesordnung begrüßte Frau Klanke den Familienrichter Herrn Henning Reher als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Anschließend nahm sie die Vereidigung vor.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Anhörung des Jugendhilfeausschusses gem. § 71 Abs. 3 SGB VIII zur Berufung des Leiters der Verwaltung des Jugendamtes	046/2019
3	Sachstandsbericht zum Kommunalen Präventionskonzept der Stadt Kamen	
4	Bericht über die Schulsozialarbeit bei der Stadt Kamen	
5	Vorstellung des Kinderferienprogramms 2019	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Zum Tagesordnungspunkt 1 lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.
046/2019

Anhörung des Jugendhilfeausschusses gem. § 71 Abs. 3 SGB VIII zur Berufung des Leiters der Verwaltung des Jugendamtes

Erfreut fuhr Frau **Klanke** mit dem nächsten Tagesordnungspunkt, die Berufung von Herrn Johannes Gibbels zum Leiter der Verwaltung des Jugendamtes, fort. Eine persönliche Vorstellung wurde nicht gewünscht, da Herr Gibbels allen Anwesenden bekannt sei.

Man habe sich bewusst dazu entschieden, sowohl intern als auch extern auszuschreiben, so Frau **Kappen**. Herr Gibbels habe sich gegenüber den anderen Bewerberinnen und Bewerbern souverän durchgesetzt. Sie betonte die hohe fachliche Qualität, die sie durch die langjährigen gemeinsamen Erfahrungen bestätigen könne. Sie freue sich über die kommende weitere Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet nach der gem. § 71 Abs. 3 SGB VIII durchgeführten Anhörung die durch die Bürgermeisterin vorgesehene Berufung von Herrn Johannes Gibbels zum Leiter der Verwaltung des Jugendamtes mit Wirkung vom 01.07.2019.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nachdem einstimmig für den Beschlussvorschlag gestimmt wurde, gratulierte die Ausschussvorsitzende dem neuen Jugendamtsleiter. Herr **Gibbels** bedankte sich bei allen Anwesenden für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er freue sich auf die verantwortungsvolle Aufgabe.

Zu TOP 3.

Sachstandsbericht zum Kommunalen Präventionskonzept der Stadt Kamen

Frau **Kappen** stellte erfreut fest, dass es sich bei dem Präventionskonzept der Stadt Kamen um ein Konzept handle, an dem immer weitergearbeitet werde und das sich stetig entwickle.

Den aktuellen Sachstand des vor fast genau einem Jahr verabschiedeten Präventionskonzeptes stellte Frau **Börner** anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Man habe sich im letzten Jahr auf drei Handlungsstrategien verständigt. Frau Börner begann mit dem Bereich *Übergang Kita – Schule*. Um das Interesse beurteilen zu können, habe es im Oktober eine Auftaktveranstaltung gegeben. Aus dieser Veranstaltung resultierte eine Arbeitsgruppe, mit Delegierten aus Grundschulen, Kindertageseinrichtungen, Kita-Trägern sowie Jugendamtseleternbeirat. Innerhalb der Arbeitsgruppe wurde sich darauf verständigt, den Übergang Kita – Schule chronologisch zu bearbeiten und mit der Gruppe der 4-Jährigen zu beginnen.

Ziele wurden dabei die Schaffung von Transparenz sowie die Verbesserung des Informationsflusses formuliert.

In einem ersten Schritt wurde die Einladung zu dem im Schulgesetz vorgesehenen Info-Veranstaltungen für die Eltern 4-jähriger Kinder überarbeitet, um die Teilnehmerzahlen zu erhöhen. Hierbei sollen auch die Termine aller Stadtteile bekannt sein, um bei Terminkollisionen andere Stadtteile nutzen zu können.

Die Öffentlichkeitsarbeit geschehe durch Plakate und Handzettel.

Des Weiteren wurde in der Arbeitsgruppe beschlossen, dass alles bisher Erarbeitete und noch in Zukunft zu Erarbeitende in einer Kooperationsvereinbarung gebündelt werde, die sukzessive fortgeschrieben werde.

Darüber hinaus wurde eine Broschüre entwickelt, die Wissenswertes zum Übergang Kita – Schule für Eltern zusammengefasst und das bisherige Heft „Spiel- und Übungstipps für Eltern und Kinder“ ablöst. Inhalte der Broschüre seien verschiedenste Sachinformationen die passend zur Frage oder bei Interesse als Nachschlagewerk genutzt werden könne. Die Broschüre solle zukünftig zwei Jahre vor Einschulung eines Kindes an die Eltern verteilt werden.

Abschließend stellte Frau Börner die Rahmenbedingungen der Broschüre vor.

Frau **Kappen** wies darauf hin, dass die Broschüre digital ebenfalls zur Verfügung stehe und auf der städtischen Internetseite zu finden sei. Auch den Kitas werde die Möglichkeit gegeben dies zu tun. Auch wenn man sich im digitalen Zeitalter befinde, sehe sie es als sinnvoll an, beide Varianten zu bedienen.

Finanziert werde die Broschüre durch städtische Mittel.

Um eine gute Öffentlichkeitsarbeit zu gewährleisten, sei auch die Optik sehr wichtig.

Auf die Frage von Frau **Hartig**, ob die Broschüre ausschließlich in der deutschen Sprache vorhanden sei, bestätigte Frau **Kappen**, dass dies bisher der Fall sei. Es gebe aber die Überlegung im weiteren Vorgehen online mehrere Sprachen zur Verfügung zu stellen.

Um die Aktualität zu gewährleisten, werde immer nur die benötigte Anzahl an Exemplaren gedruckt und Jahr für Jahr durch Änderungen ergänzt, so Frau **Börner**.

Die jetzige erste Ausgabe der Broschüre werde im Anschluss an die Sommerferien verteilt.

Im nächsten Schritt ging Frau Börner nur kurz auf die Handlungsstrategie der *Schulsozialarbeit* ein, da das Thema im nächsten Tagesordnungspunkt genauer behandelt werde. Derzeit beschäftige man sich mit der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit und führe Gespräche, die in ein neues Konzept münden sollen.

Die Handlungsstrategie *Präventionsmodule in der Sekundarstufe I* beinhalte in Kürze Gespräche mit den Schulleitungen. Ebenfalls müssen Fördermöglichkeiten geprüft und beantragt werden.

Frau **Kappen** bedauerte, dass es für eine Schule schwer sei, ein nachhaltiges Konzept zu erstellen, da unterschiedliche Fördertöpfe mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen aufgerufen werden.

Frau **Börner** erklärte, dass zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Präventionskonzeptes eine Steuerungsgruppe mit Vertretern und Vertreterinnen aus den unterschiedlichen Arbeitsfeldern geschaffen wurde und erstmals im Mai zusammenkam.

In der konstituierenden Sitzung wurde beschlossen, dass die Steuerungsgruppe zweimal im Jahr tage und die Teilnehmer sich zunächst für zwei Jahre bereiterklären mitzuwirken.

Eine regelmäßige Berichterstattung über die Fortentwicklung und perspektivisch einen Zwei-Jahresplan zu entwickeln seien Erwartungen an die Arbeit der Mitglieder. Abschließend stellte Frau Börner einige Aufgaben der Steuerungsgruppe vor.

Zum Ende der Präsentation gab Frau Börner allen Anwesenden einen Ausblick der weiteren Arbeit am Präventionskonzept.

Auf die Nachfrage von Herrn **Stalz**, ob es genaue Ziele gebe, antwortete Frau Börner, dass bei der Verabschiedung des Präventionskonzeptes die drei Handlungsschwerpunkte vereinbart wurden. Zunächst werde innerhalb eines Jahres an einem jeweiligen Handlungsschwerpunkt gearbeitet.

Frau **Klanke** ergänzte, dass der rote Faden durch die Reihenfolge der Themen gegeben sei und immer darauf geachtet wurde, keine genauen Ziele zu formulieren, da es sich um einen unglaublich sensiblen Bereich handele.

Herr **Eisenhardt** begrüße die Steuerungsgruppe, um immer auf dem aktuellen Stand zu sein. Er hingegen befürworte Zielvorstellungen. Seiner Meinung nach müsse man diese formulieren, um einen gewissen Anspruch und eine Vorgehensweise für die anstehende Arbeit zu haben.

Man könne natürlich messbare Dinge mit aufstellen, so Frau **Kappen**. Das müsse man in der weiteren Arbeit des Präventionskonzeptes im Blick behalten.

Frau **Bartosch** ergänzte, dass es sich nur um Empfehlungen handele und man niemanden zwingen könne, bestimmte Vorgehensweisen anzuwenden.

Frau **Börner** erklärte, dass natürlich Ziele durch die Steuerungsgruppe aufgestellt werden. Allerdings sei eine pauschale Festsetzung in Kennzahlen dem Gegenstand nicht angemessen.

Man müsse erarbeiten, was sinnvoll zu überprüfen sei. Dies sei eine Baustelle von vielen, die Schritt für Schritt bearbeitet werde.

Die SPD-Fraktion sei mit dem vorliegenden Sachstandbericht sehr zufrieden, so Frau **Hartig**. Sie betonte die Vielfältigkeit des Präventionskonzeptes. Um die ganzen Bereiche zu behandeln, müsse man dem ganzen Prozess die nötige Zeit geben.

Aus der Praxis heraus könne Herr **Hoch** sagen, dass die Broschüre auf einem sehr guten Weg sei. Er begrüße es, die Eltern mit einzubeziehen.

Um die Broschüre zu verbreiten regte Herr **Kusber** an, das Deckblatt den Partnern zukommen zu lassen, um dies auf die eigene Internetseite, mit Hinweis auf den Link zur Seite der Stadt Kamen, zu stellen.

Zu TOP 4.

Bericht über die Schulsozialarbeit bei der Stadt Kamen

Einleitend stellte Frau **Kappen** den Inhalt des Berichtes zur Schulsozialarbeit anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Wie sich sicher alle einig seien, betonte Frau Kappen, Schulsozialarbeit sei in den Schulen nicht mehr wegzudenken.

Schule sei Lebens- und Lernort und somit auf die Unterstützung multiprofessioneller Teams angewiesen.

Nachdem Frau Kappen die Personalausstattung von 5,5 Vollzeitstellen verteilt auf 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschieden in städtische Bedienstete und Landesbedienstete vorstellte, ging Frau **Börner** auf die Verteilung der Bediensteten in den Grundschulen und weiterführenden Schulen ein. Es bestehe die Situation, dass teilweise die gleiche Person an mehreren Schulen eingesetzt sei.

Obwohl jede Schule inzwischen Schulsozialarbeit benötige, seien zwei Grundschulen derzeit keine Schulsozialarbeiter/innen eingesetzt, so Frau **Kappen**. Auch wenn der Wunsch bestehe jeder Schule eine Person zur Verfügung zu stellen, sei dies im Moment leider nicht möglich. In Zukunft müsse man sich mit der Frage der Verteilung weiterhin beschäftigen. Ebenfalls bestehe der Wunsch der gerechten Kostenverteilung auf Kommune und Land.

Herr **Grosch** wies auf die in der Vergangenheit komfortablere Situation hin. Er würde sich wünschen, dass sich in Zukunft wieder etwas verändern würde.

Ebenfalls habe man sich mit der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit beschäftigt, führte Frau **Börner** fort. Aus diesem Grund wurden Gespräche mit den Schulsozialarbeitern/-innen und Schulleitungen der städtischen Schulen geführt. Daraus resultierten klare Erwartungen und notwendige Rahmenbedingungen, um Schulsozialarbeit gewinnbringend einsetzen zu können. Die Ergebnisse sollen in ein neues Konzept münden.

Daraufhin gab Frau Börner einen kleinen Einblick in die Gespräche und wies auf die Vielfältigkeit hin - jede Schule sei anders.

Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern und Beratung und Zusammenarbeit mit Eltern seien nur wenige Beispiele der zu bearbeitenden Handlungsfelder.

In Grundschulen und weiterführenden Schulen seien unterschiedliche Schwerpunktsetzungen sichtbar.

Nachdem alle Beteiligten nach der Zufriedenheit mit der aktuellen Situation befragt wurden, ließen sich viele Punkte auf der positiven Seite vermerken. Allerdings wurde auch deutlich, dass es einige Punkte gebe, die verbesserungswürdig seien.

Bedarf an Schulsozialarbeit habe jede Schule. Hier gebe es unterschiedlich große Bandbreiten in zeitlichen und inhaltlichen Bedarfseinschätzungen. Um gewinnbringend zu handeln, wurden aus Sicht der Beschäftigten und aus Sicht der Schulleitungen notwendige Rahmenbedingungen zusammengefasst. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, um kontinuierlich planen zu können und eigene Räume, um eine vertrauensvolle Arbeit zu gewährleisten, seien nur einige Beispiele für wünschenswerte Rahmenbedingungen.

Als Ausblick erklärte Frau Börner, dass die Ergebnisse der Gespräche in einem Rahmenkonzept für Schulsozialarbeit in Kamen verschriftlicht und zur Diskussion an die entsprechenden Akteure weitergereicht werden.

Frau **Hartig** sprach im Namen der SPD-Fraktion ihren Dank aus. Der Bericht habe den Wunsch bestätigt, pro Schule eine/n Schulsozialarbeiter/in einzusetzen. Die SPD-Fraktion habe schon immer hinter der Schulsozialarbeit gestanden und werde dies auch weiterhin tun. Sie hoffe, dass trotz der Haushaltssicherung eine zukünftige Aufstockung möglich sei.

Eine Verständnisfrage von Herrn **Stalz** wurde von Frau **Kappen** beantwortet.

Herr **Grosch** betonte die Wichtigkeit der funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune. Ebenfalls wies er auf die Geschlechterverteilung hin, um besseren Zugang zu den Schülerinnen und Schülern aufzubauen.

Aufgrund eines Folgetermins verabschiedete sich Frau Kappen und verließ die Sitzung um 19.17 Uhr.

Zu TOP 5.

Vorstellung des Kinderferienprogramms 2019

Herr **Gibbels** stellte im folgenden Tagesordnungspunkt das Kinderferienprogramm 2019 vor. Als besonderes Highlight wies er auf die am 01.07.19 stattfindende Eröffnung des Ferienreisebüros hin. Er regte an, sich diese gerne anzuschauen. Ansonsten seien die üblichen Veranstaltungen wie z.B. Mini-Kamen oder etwa Ausflüge in Freizeitparks wiederzufinden. Viele Sportvereine und alle zur Verfügung stehenden Häuser seien mit eingebunden. Insgesamt sei das Kinderferienprogramm super aufgestellt – für jedes Kind, jeden Alters.

Für Fragen stehe er gerne zur Verfügung.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Frau **König** teilte mit, wie in der letzten Sitzung angekündigt, sich zu den Änderungen durch die Reform KiBiz zu äußern. Da leider immer noch nur ein Entwurf vorliege, sei unsicher, was letztendlich umgesetzt werde und was nicht.

Die vorausgesagte fünfjährige Bedarfsplanung und die alle drei Jahre stattfindende Elternbefragung sollen aus dem vorliegenden Entwurf bereits gestrichen worden sein. Dem hingegen soll das zweite beitragsfreie Jahr wie geplant Anwendung finden.

Der Bereich der Kindertagespflege werde zukünftig einen eigenen Abschnitt im Gesetz haben und soll damit der Kindertagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen stärker angepasst werden.

Im Bereich der KiBiz-Finanzierung sei ebenfalls eine Anpassung vorgesehen. Geplant seien die Erhöhung der KiBiz-Pauschalen sowie eine Reduzierung der Trägeranteile.

Anschließend stellte Frau König noch einige weitere Änderungen vor, betonte allerdings erneut, dass es sich derzeit immer noch nur um einen Entwurf handele.

Auf die Frage von Herrn **Henter**, ob schon bekannt sei, wann das Gesetz verabschiedet werde, antwortete Frau **Bartosch**, dass auf Träger-Ebene kommuniziert worden sei, Ende des Jahres mit dem Gesetz rechnen zu können.

Anfragen

Es gab keine Anfragen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im nichtöffentlichen Teil.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Ebenfalls gab es keine Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung.

gez. Klanke
Vorsitzende

gez. Gibbels
Schriftführer